

Dresdner Volkszeitung

Vollständigste: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verl.-Kont.: G. v. Arnhold, Dresden
und Schöneberg-Str.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangobriefen mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf.

Schreibweise: Wettinerpl. 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerpl. 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 30 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 155

Dresden, Mittwoch den 7. Juli 1926

37. Jahrg.

Die Staatserhaltenden

Von Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Die Fraktion der Preussischen Arbeitsgemeinschaft im Staatsrat, die aus Angehörigen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Partei und anderer rechtgerichteter Parteien besteht, hat an die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie diese beiden Parteien auf die Notwendigkeit einer Verständigung und eines Zusammenschlusses zu einer engen Arbeitsgemeinschaft hinweist. Der Aufsatz ist abgedruckt von den Herren Jares und von Gajl und beweist, wie nahe die nationalliberale Kapitalistenpartei der konservativen gerückt ist. In der Presse wird der Vorgang lebhaft diskutiert. Wir Sozialdemokraten könnten einen solchen Zusammenschluß des großkapitalistischen Lagars nur begrüßen; er könnte die für das deutsche Volk notwendige politische Vereinigung und Klärung der Dinge nur fördern.

Die Herren Jares und von Gajl begründen ihren Aufruf zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft von Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei mit dem Hinweis auf den „im tiefsten Sinne staatsbehaltenden Charakter“, der beiden Parteien gemeinsam sei. Das Wort von den „Staatserhaltenden“ ist uns vertraut. Wir haben den Klang noch im Ohre aus der vorrevolutionären Zeit. Staatserhaltend nannte sich damals in erster Linie die Konservativen, und bis zu einem gewissen Grade wurden auch die Nationalliberalen dieser ehrenden Bezeichnung gewürdigt, aber sie würdigten sich wenigstens ihrer selbst. Jetzt lautet die schmeichelehafte Kennzeichnung, angewendet auf die beiden Rechtsgruppen, auf neue auf, nur geschmückt mit dem Zusatz „im tiefsten Sinne“.

Der Sinn ist offenbar so tief, daß nur die Begründeten selber ihn erfassen können. Wer nicht zu ihnen gehört, wird nie bis zu ihm hinabzusteigen vermögen. Inwiefern waren die alten Konservativen staatsbehaltend? Sie setzten sich für die Erhaltung eines Staates ein, der nach ihren Wünschen aufgebaut war. Der Staat war für sie die Monarchie mit ihren Privilegien für die Junkerliche und militärische Kastei. Der Staat war der Vereidigung wert, weil sie ihn regierten, weil er ein Erbvertragsstaat war, in dem sie die Obrigkeit bildeten, weil er ein Werkzeug war in ihrer Hand und gleichzeitig eine Quelle des Ruhms, des Vorteils und des Gewinns für sie und ihre Sippe.

Inzwischen ist an die Stelle der Monarchie die Republik getreten und an die des Halbabsolutismus zum mindesten nach dem Wortlaut der Verfassung die Demokratie. Die Vorrechte der Geburt und der Clique gelten als beseitigt. Den Deutschnationalen ist diese Republik ein Grauel, dessen Beseitigung sie offen und unverhohlen anstreben, und für die Deutsche Volkspartei ist die Republik eine Sache, von der man am liebsten nicht spricht und zu der man sich nicht bekennet. Es hat unter diesen Umständen seine Schwierigkeiten, das alte Schlagwort ohne weiteres wieder zu verwenden. Wer ebendies die Monarchie erhalten wollte und sie jetzt wieder einführen möchte, kommt in gewisse Konflikte, wenn er sich heute wie damals als staatsbehaltend bezeichnet. So hält man es für zweckmäßig, sich mit dem dunklen Zusatz „im tiefsten Sinne“ über den inneren Widerspruch hinwegzusetzen. Man gibt ein Rätsel auf und überläßt seine Lösung dem neugierigen Publikum. Die republikanische Verfassung kämpft nach wie vor um ihre Existenz, und die, die ganz allgemein vom Staate sprechen, den sie erhalten wollen, verfolgen nur die Absicht, ihr Streben nach einer Beseitigung der gegenwärtigen Staatsform zu verbergen. Sie wollen, da sie allein zu schwach sind, ihre Kräfte zu verwirklichen, diejenigen, deren unbedachter Mitwirkung sie bedürfen, einfließen und irreführen. Statt Politik sprechen sie Philosophie und konstruieren einen Idealbegriff vom Staate, der mit seinen praktischen Erscheinungsformen nichts zu tun habe. Diese Konstruktion aber ist natürlich nur für den Gebrauch der andern bestimmt, sie selbst wissen sehr genau, welchen Staat sie meinen und welchen Staat sie schaffen wollen, um ihn zu erhalten.

Das Kaufspiel ist durchsichtig, aber da es ja immer noch brave Bürger gibt, die sich durch solchen Fokussfokus blenden lassen, ist es gut, seine Bedeutung und seine Zwecke klarzustellen. Auch deshalb, weil es nicht an solchen fehlt, die der Sozialdemokratie eine grundsätzliche Anerkennung den Staat nachgeben und deshalb auf die Sammelkassendarlehen der Staatserhaltenden hineinfallen können. Freilich, wie sind weder in dem vorgeschriebenen noch in dem wirklichen Sinne der Rechtsparteien staatsbehaltend. Wir wissen, welche ungeheuren Wandlungen der Staatsbegriff und der Staat selber im Laufe der Jahrhunderte durchgemacht haben. Hier gibt es keinen Ewigkeitswert, und auch die heutige Republik besteht ihn selbst dann nicht, wenn ihr Inhalt ihrer Form vollkommen entspricht. Aber trotzdem können wir auch die Form gegen die Staatserhaltenden von gestern, und wir sind bereit, mit denen zusammenzugehen, die mit uns der Überzeugung sind, daß sie einen dem Interesse des Volkes dienenden und dem Willen seiner Mehrheit entsprechenden Fortschritt darstellen. Wenn eine solche Arbeit werden die „Arbeitsgemeinschaften“ werden mit Gajl und Jares vergebens annehmen.

Frankreichs größte Entscheidung

Der Kampf um die Sanierung

P. Paris, 6. Juli. (Fig. Draht.)

In der großen Finanzsitzung, die am Dienstag nachmittag vorüberfülltem, nervös gespanntem Hause durch eine große Rede Caillaux eröffnet wurde, begann die zweifelslos bedeutendste politische Debatte vor dem französischen Parlament seit dem Versailler Frieden. Diese Debatte liegt nicht nur auf finanziellen Gebieten, wo außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden müssen, falls die Währung nicht vollends zusammenbrechen sollte. Die politische Bedeutung der Debatte ist mindestens ebenso groß, denn der Kampf um die Lösungen, die zur Hebung der finanziellen Schwierigkeiten vorgeschlagen werden, wird ein Kampf für oder gegen den demokratischen Gehalten sein. Alle Parteien werden diesmal vor Entscheidungen gestellt werden, die für die materielle und ideale Zukunft Frankreichs von größter Bedeutung sein können.

Kampf für oder gegen den demokratischen Gehalten

Es ist bei der Zerfahrenheit aller Parteien in der Kammer kein Zweifel, daß gegenüber dem Finanzgiganten Caillaux, das sich nach wie vor mehr als man befürchten konnte, an den reaktionären Expertenbericht anlehnt, nur die sozialistische Partei ein klares, großzügiges Finanzprogramm besitzt. Alle andern Parteien stehen völlig programmlos und tief unschlüssig über ihr Verhalten in einer Debatte, von deren Ausgang das Los einer ganzen Generation Frankreichs bestimmend beeinflusst werden kann. Ein frappantes Beispiel für die Ratlosigkeit der Parteien bot z. B. die Fraktion der sozialistischen Partei, die am Dienstag vormittag votierte, um die Haltung der Partei in der Regierungsführung gegenüber festzulegen. In dieser Sitzung wurden ziemlich alle Meinungen laut. Der eine kritisierte Caillaux' Entwürfe scharf. Der andre empfahl ihre restlose Annahme. Der dritte die Annahme mit Vorbehalt. Der vierte die Ausarbeitung eines Kompromißvorschlages. Die Sitzung wurde dann auch unentschieden beendet, und die Partei wird in der Endabstimmung, wie bereits mehrere Male, völlig auseinanderfallen.

Die sozialistische Kammergruppe hat hingegen ebenfalls in einer Fraktionsitzung am Dienstag nochmals ihren Willen kundgetan, dem Regierungsprogramm gegenüber „allen maßhaft demokratischen Vorschlägen“ die

Annahme des sozialistischen Gegenprogramms

angewiesen, das Blum auf der Kammertribüne vertreten wird.

Caillaux, der sofort bei Beginn der Sitzung die Tribüne bestieg, begann mit einer kurzen Darstellung des Expertenberichts, den er sich so ziemlich in allen Punkten zu eigen macht. Daran anschließend entwickelte er sein Sanierungsprogramm, veranschlagte zunächst 3 Milliarden neuer Einnahmen, die ausschließlich der Amortisierung der Schulden dienen sollen. Diese sollen

aufgebracht werden durch eine „Reorganisation“, d. h. zu deutsch eine Erhöhung gewisser indirekter Steuern, die ausschließlich den Verbrauch und den Verkehr betreffen.

Von häßlichem Beifall der Kammer unterbrochen, landete er gleichzeitig eine Erörterung gewisser direkter Steuern, so der Einkommen- und Erbschaftsteuer, an. Das einzige Neue an dem Caillauxschen Vortrage war, daß er bekannt gab, daß die Trésorerie ihren Kredit bei der Bank von Frankreich bereits bis auf 500 Millionen abforciert hat und daß sie die Nothilfe der ihr eingeräumten Vorschüsse bereits überschritten haben würde, wenn ihr das vorhergehende Kabinett nicht den Erlass der aus der Morgens-Anleihe stammenden Dollars zugeführt hätte. Im weiteren Verlauf seiner Rede verlangte dann Caillaux die sofortige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, ohne daß die Regierung Kredit nicht erhalten könne. Nach kurzer Suspendierung der Sitzung entwiderte Caillaux im zweiten Teil seiner Rede sein Sanierungsprogramm, für das er mit dem Ziel, der Pflicht aus dem Frank Einhalt zu tun, weitgehende Vollmachten verlangte. Zum Schluß wandte er sich dem sozialistischen Sanierungsprogramm zu, das man dem Regierungsprogramm entgegenhält, lehnte es jedoch als eine „wirtschaftliche Unmöglichkeit“ ab.

Caillaux' moralischer Erfolg ist noch kein politischer

P. Paris, 7. Juli. (Fig. Draht.)

Die Finanzrede Caillaux' wird von der Presse als großer moralischer Aufwandsdreh für diesen gedacht. Sie in die Wälder der Linken hinein findet man Worte unerschöpflich Anerkennung für die rühmliche Offenheit, mit der Caillaux zum ersten Male Frankreich vor seine wahre Finanzlage gestellt hat, die man bisher der großen Reife immer beschönigte. Ob es aber Caillaux gelingen wird, in der Kammer eine Mehrheit um seine Entwürfe zu locken, hängt von der Entwicklung der weiteren parlamentarischen Debatte ab. Caillaux hat das sozialistische Sanierungsprogramm, das man dem seinen entgegenhält, kurz und bündig vernichtend abgelehnt. Dafür wird er von den sozialistischen Rednern zur Rechenschaft gezogen werden.

Auf die Worte hat vorerst der gestrige Tag der Sitzung genügt. Das Pfund Sterling, das Dienstag 184,10 notierte, fiel auf 181 und in der Nachbörse auf 179.

Der belgische Frank verfinstert

F. Brüssel, 6. Juli. (Fig. Draht.)

Der belgische Frank erlebte am Dienstag mit 184 für das Pfund einen neuen Tiefstand; in den schlimmsten Augenblicken der Regierung Voulet hatte er 164 nicht überstiegen. Angesichts der völligen Erfolglosigkeit aller Maßnahmen und Pläne der jetzigen Regierung nimmt die Unterstützung und Mithilfe der Bevölkerung überhand, zumal der belgische Frank nunmehr auch hinter den französischen zurückbleibt. Der Geisteskurier zur Veranschaulichung der belgischen Staatsbahn, die einen wesentlichen Bestandteil der Finanzsanierung bilden soll, wurde am Dienstag in der Kammer eingebracht.

Die Gewalttaten der Rüpelpartei

G. Weimar, 6. Juli. (Fig. Draht.)

In der Dienstagssitzung des Landtags gab der Führer der thüringischen Nationalsozialisten, Dr. Dinter, im Einverständnis mit dem Landtagspräsidenten eine Erklärung zu den Vorparlamenten während des Parteitag der Hitlergarde ab, die den Gipfelpunkt der Intransparenz und Verlogenheit darstellt. Verächtliche er doch froh heraus: Wenn Zusammenstöße in Weimar vorgekommen sind, so sind sie ausnahmslos auf das Konto unserer marxistischen Gegner zu setzen, die unsere Parteigenossen provoziert haben. Ein Pöbel von Zwischenrufen der mit Recht empörten Linken hinderte Dinter zunächst an der Fortsetzung seiner Rede. Als endlich wieder Ruhe eintrat, wiederholte Dr. Dinter diesen Satz noch einmal. Darauf kennzeichnete ihn ein sozialdemokratischer Abgeordneter als Lumpen. Der Sozialdemokrat wurde darauf ausgeschlossen, was als er den Sitzungsaum nicht verließ, wurde die Sitzung in starker Erregung abgebrochen. In hundertfachen Verhandlungen im Heilenausschuß versuchte man den Zwischenfall beizulegen. In der Stadt Weimar hat sich angesichts der unbeschreiblichen Dreißigkeit und Rohheiten der Nationalsozialisten am Sonnabend und Sonntag, vor allem auch des parteilosen Teiles der Bevölkerung, eine große Erregung bemächtigt.

Autodiebe und Zechpreller

Die Ordnungspolizei regiert die Salunkeln?

G. Weimar, 6. Juli. (Fig. Draht.) Nachdem in zwei Sitzungen des Ausschusses des Landtags keine Verständigung über eine Einschränkung der Ausschussverfahren des Präsidenten gegen einen sozialdemokratischen Abgeordneten, die auf neun Sitzungstage erfolgt ist, zu erzielen war, hat die SPD-Fraktion bei Wiedereröffnung am späten Nachmittag durch den Abgeordneten Frölich die Erklärung abgegeben, daß sie zum Protest gegen die einseitige Dinter schäme die Verhandlungen des Präsidenten die Sitzung verlassen werde. Den Sozialdemokraten schlossen sich die beiden kommunistischen Fraktionen an. Sozialdemokraten und Kommunisten veranlaßten am Dienstag und Mittwoch getrennte Protestkundgebungen, zu denen die Weimarer Bevölkerung zur Abwehr gegen die nationalsozialistischen Übergriffe aufgerufen haben.

Die Regierung hat sich immer noch nicht bereit erklärt, die große Anfrage der SPD über die Aufhebung der National

sozialisten zu beantworten, obwohl die Erhebungen darüber bereits abgeschlossen sind. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Ordnungspolizei durch ihr Schweigen ihre Billigung zum Vorgehen der Nationalsozialisten zu verraten geben will.

Inzwischen ist man übrigens auf der Suche nach dem Weiden, der den Polizeibeamten niedergeschossen hat, auf einen Automobildiebstahl gestoßen, den sich die Nationalsozialisten während ihres Parteitag zuschulden kommen ließen. Daneben beklagen mehrfach Witze die Nichtbeachtung von Zeichen durch Gruppen von Nationalsozialisten, die als Parteitagsteilnehmer nach Weimar gekommen waren. Sie haben immer dieselben Mittel der Zechprellerei angewandt: Es wurde aufgestellt und flüchtig gezeigt, bis plötzlich auf der Straße „ein Signal“ ertönte, die Hakenkreuzer auf und davonrannten und „zum Sammeln“ ließen, ohne vorher an das Zahlen zu denken.

Die Stadt protestiert gegen die Gewalttätigkeiten

G. Weimar, 7. Juli. (Fig. Draht.) Der Weimarer Stadtrat (Gemeindervertretung) nahm am Dienstag zu den Ausschreitungen der Hakenkreuzer während ihres Weimarer Parteitag Stellung. Nicht eine Stimme erhob sich, um die wüsten Vergrübelungen zu verteidigen, vielmehr unterstützten die Rechte aller Fraktionen von der äußersten Linken bis zur rechten die ungläublichen Vorwürfe vom Sonnabend und Sonntag. Stadtdirektor Dr. Müller bestätigte, daß die Polizei in sehr vielen Fällen eingegriffen müßte, um schwerere Zusammenstöße zu verhindern, und daß zahlreiche Schutzmannschaften bei den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden. Der Stadtdirektor nahm die Weimarer Bürgerchaft in Schutz gegen die unflätigen Angriffe, in denen der thüringische Angehörige Streiter, Nürnberg, bei seiner Rundgebung auf dem Markt schandte. Die Stadterwaltung nahm eine Entschuldig an, in der dafür Verwahrung eingelegt wird gegen die unbeschriebenen Übergriffe und Gewalttätigkeiten gegen friedfertige Bürger Weimars. Der Stadtdirektor wird beauftragt, die thüringische Regierung zu ersuchen, den Nationalsozialisten in Zukunft die Abhaltung von Parteitag in Weimar zu verbieten, weil durch solche Tagungen das öffentliche Weimars gefährdet werde. Der Stadtrat beschloß die obenstehende Erklärung in Weimar

39. 7/20